



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER MÄRZ 2024

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Fastnacht ist vorbei und wir sind schon in der Fastenzeit. Am Aschermittwoch fanden überall Veranstaltungen statt mit Fischessen und Reden.

Vielleicht täte es uns allen gut, wenn wir sinnbildlich Asche auf das eigene Haupt streuen und uns in Bescheidenheit üben. Viele Menschen nutzen die Fastenzeit für den Verzicht, manche verzichten auf Alkohol, andere auf Süßigkeiten. Wir wollen uns selbst dadurch näher kommen.

Diese Art der Abrüstung würde uns wohl auch in anderen Bereichen gut tun. Ich habe mir vorgenommen, einmal fest durch zu schnaufen, bevor ich mich in einer Debatte empöre.

Viele Menschen sind derzeit verunsichert oder lassen sich verunsichern. Sie suchen nach Orientierung und Halt. Besinnen wir uns darauf, dass wir uns nicht von Angst leiten lassen sollen, sondern durch Mut und Zuversicht.

Nicht vergessen: Wer mit dem Finger auf andere zeigt, der blickt auch auf drei Finger der eigenen Hand, die zurück zeigen. Die Zeiten sind wie sie sind. Wir sollten sie aber nicht so lassen. Deshalb packen wir an - am besten gemeinsam.

Ihr/Euer

3



Mit Frank Ullrich im
Wahlkreis unterwegs

4



Betriebsbesuch in Altfeld
bei Schneider Electric

6



Beschlossene Sache:
Haushalt 2024

7



Neujahrsempfänge und
viele weitere Termine

KLARTEXT

FÜR MENSCHENRECHTE UND FAIRE WETTBEWERBSBEDINGUNGEN WELTWEIT



Die FDP blockiert in der EU die deutsche Zustimmung zu einem europäischen Lieferkettengesetz. Dabei ist ein solches Gesetz nicht nur eine Frage von Menschenrechten, sondern auch im wirtschaftlichen Interesse unseres Landes, denn von gleichen Regeln für alle in Europa profitieren deutsche Unternehmen. Unser Wohlstand basiert auf freiem Handel in globalen Lieferketten. Aber freier Handel muss fairer Handel sein. Wir können und dürfen unsere Augen nicht vor Kinder- und Zwangsarbeit verschließen. Es ist wirtschaftspolitisch fahrlässig, die Herstellung gleicher Bedingungen für alle Unternehmen in der EU zu verhindern.

Neben dem verheerenden Signal, dass wir uns nicht um Kinderarbeit und Ausbeutung kümmern, steht Deutschland dadurch in Europa blamiert da. Viele fragen sich laut, ob man uns noch vertrauen kann. Das gefährdet unsere Stellung als ernstzunehmender Partner in Europa. Ich habe deswegen gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus der Bundestagsfraktion Christian Lindner und Marco Buschmann angeschrieben und sie aufgefordert, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Gerade in Krisenzeiten ist die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutznormen eine wichtige Voraussetzung für verlässliche Lieferketten und damit für unsere Versorgungssicherheit. Gute Arbeitsbedingungen und auskömmliche Löhne in Herkunftsstaaten tragen zudem zur Bekämpfung von Fluchtursachen bei.

POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE ✂

DIE FAKTEN ZUR CANNABISLEGALISIERUNG

Wir entkriminalisieren den Konsum von Cannabis durch Erwachsene, weil die bisherige Verbotspolitik klar gescheitert ist. Stark verunreinigte Substanzen vom Schwarzmarkt sind ein großes Problem vor allem für Jugendliche. Was ist künftig erlaubt?

- Wir ermöglichen den Eigenanbau für Erwachsene von drei Pflanzen. Man kann sich auch Anbauvereinigungen anschließen, um gemeinsam Cannabis anzubauen: maximal 50 Gramm pro Monat für über 21-Jährige, 30 Gramm für 18 bis 21-Jährige.

Kinder und Jugendliche schützen wir wie nie zuvor:

- Ausbau der Prävention und erstmals effektiver Kinder- und Jugendschutz
- strenges Besitz-, Anbau- und Kaufverbot einerseits und höhere Strafen für Verkauf und Überlassung von Cannabis an Kinder und Jugendliche andererseits
- Konsumverbot in Anwesenheit von Minderjährigen und Verbotszonen um Schulen, Kitas, Spielplätze, ...
- Werbeverbot für Cannabis, stattdessen größte Info-Kampagne zu den Risiken parallel zur Gesetzgebung
- Bereits nach einem Jahr Evaluation des Gesetzes und des neuen Konsumverhaltens von Jugendlichen



4 x Büro Rützel

LEGENDE

OLYMPIASIEGER IN MSP

Einen waschechten Olympiasieger hatte ich Mitte Februar zu Gast. Einen ganzen Tag lang nahm sich mein Bundestagskollege Frank Ullrich Zeit für Termine in meinem Wahlkreis. Franks sportliche Laufbahn ist beeindruckend: Als Aktiver gewann er bei Olympia 1980 Gold im Sprint sowie zahlreiche Titel bei Biathlon-Weltmeisterschaften. Von 1987 bis 1990 trainierte er die DDR-Auswahl, von 1998 bis 2010 war er Bundestrainer der deutschen Herren-Nationalmannschaft im Biathlon, später wurde er „Cheftrainer Nachwuchs“ und Bundestrainer der Langläufer.

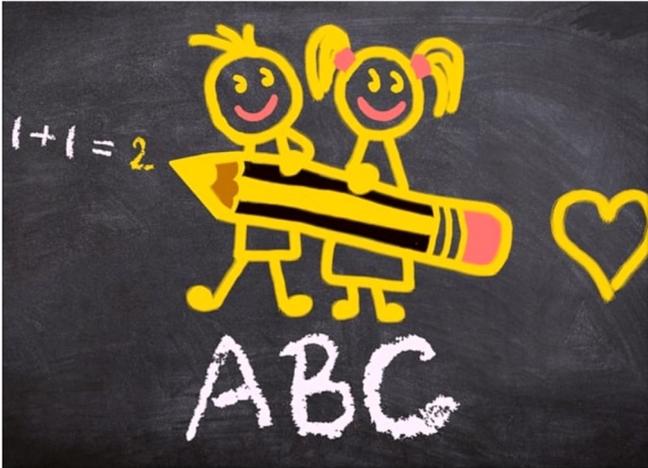
Bei der Bundestagswahl 2021 kandidierte er erstmals für den Deutschen Bundestag und holte in Thürigen das Direktmandat gegen den CDU-Kandidaten Hans-Georg Maaßen. Frank ist aktuell der Vorsitzende des Sportausschusses des Deutschen Bundestag.

Bevor mein Gast unter dem Motto „Vom Spitzensport in die Spitzenpolitik“ in Langenprozelten von seinem sportlichen und politischen Werdegang berichtete, besuchten wir gemeinsam die Q12 des Friedrich-List-Gymnasiums Gemünden, um über Politik und Sport zu sprechen. Die nächste Station war bei Kickbox-Vize-Weltmeister Sven Amend in dessen



Fitness & Boxcamp in Lohr. Es ging um Sport, Gewaltprävention und wie Sport und Bewegung dabei helfen können, Aggressionen abzubauen. Und es blieb noch Zeit für ein großes Interview mit dem Mainecho ([hier lesen!](#)) - ein toller Tag voller Eindrücke und Begegnungen.

Mehr dazu auf [Facebook](#) und auf [meiner Homepage](#).



stux | pixabay.de

2 x 10 Mrd.

SCHULEN WERDEN UNTERSTÜTZT

Bund und Länder geben in den nächsten zehn Jahren jeweils zehn Milliarden Euro, um Schulen in herausfordernden sozialen Lagen zu unterstützen. Deutschlandweit werden dadurch rund 4.000 Schulen gefördert, in Bayern ca. 580 Schulen, davon 348 Grundschulen!

Die Auswahl der Schulen erfolgt in den Ländern. Das Programm besteht aus drei Säulen: Investitionen in die Schulgebäude und deren Ausstattung, Mittel für multiprofessionelle Teams und ein Chancensbudget für jede Schule, mit dem sie ganz spezifisch dort fördern können, wo es am nötigsten ist.

Wir wollen mit diesem Programm die Bedeutung der Schulen für die Entwicklung junger Menschen stärken und so Bildungschancen, unabhängig vom Elternhaus, eröffnen.

Das Programm läutet einen Paradigmenwechsel in der finanziellen Förderung des Bundes ein: So wird das Geld nicht mehr nach Steueraufkommen und Einwohnerzahl verteilt, sondern folgt sozialen Kriterien wie der Armutsgefährdungsquote und dem Migrationsanteil an den jeweiligen Schulen.



Büro Rützel

SCHNEIDER

BETRIEBSBESUCH IN ALTFELD

Industrielle Automatisierung, Energiemanagement und Energie-Effizienz sind die Themen, die bei meinem Firmenbesuch in Markttheidenfeld-Altfeld bei Schneider Electric auf der Tagesordnung standen.

Nach einem Rundgang über den weitläufigen Standort und den „Innovation Hub“ folgte ein spannender Austausch mit Markus Schöner (Human Resources), Michael Rösch (Research & Development), Gerhard Pöschel (Talent Management) und Felix Gießen (Vertreter externer PR-Dienstleister).

Vielen Dank für die tiefen Einblicke in dieses Werk. Firmen wie diese sind es, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen den Weg in ein nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen.

Vorbildlich: Mit der Kampagne "#Zusammenland – Vielfalt macht uns stark" zeigen zahlreiche Medienhäuser gemeinsam mit Stiftungen, Verbänden und rund 500 Unternehmen – darunter auch Schneider Electric – klare Kante gegen #Rechtsextremismus!

tvm hat über meinen Firmenbesuch ausführlich berichtet.
Zum Video einfach auf das Foto klicken.



jay79 | pixabay.de

AUSBEUTUNG

EIN ENDE GESETZT

Das ist das Fazit von Arbeitsminister Hubertus Heil zum Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft. Mit dem Gesetz haben wir 2020 auf die Missstände in der Fleischindustrie reagiert, als Betriebe nicht nur als Infektionsherde auffielen, sondern immer deutlicher wurde, dass sie ein Hort von Missständen im Umgang mit Arbeitsschutzvorschriften waren. Seit dem 1. Januar 2021 ist deshalb im Bereich des Kerngeschäfts der Fleischindustrie der Einsatz von Werkvertragsarbeitnehmern untersagt. Gleiches gilt im Grundsatz seit dem 1. April 2021 für den Einsatz von Leiharbeitskräften. Zudem müssen die Betriebe seither alle Arbeitszeiten elektronisch und manipulationssicher täglich aufzeichnen.

Nun hat unser Arbeitsminister wie im Gesetz gefordert einen Evaluationsbericht dazu vorgelegt. Der gibt Anlass zur Zufriedenheit. Wir haben der organisierten Ausbeutung in der Fleischindustrie ein Ende gesetzt und die Arbeitsbedingungen ganz entscheidend verbessert. Der 200-seitige Bericht legt dar, dass viele Missbrauchstatbestände nun eingehengt sind. Ein schöner Erfolg für alle betroffenen Arbeitnehmer. Interessierte können den Bericht [hier](#) lesen.



moersch | pixabay.de

BESTECHUNG

KOALITION WILL SCHÄRFERE REGELN

Ende Februar haben wir im Deutschen Bundestag ein Reformvorschlag der Ampelfraktionen zur Verschärfung der Abgeordnetenbestechung in erster Lesung debattiert. Skandale wie die sogenannte Masken-Affäre von Unionspolitikern während der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass es härtere und feinschärfere Gesetze braucht, um unzulässigen Vorteilsnahmen entgegenzuwirken.

Die Bestechung und die Bestechlichkeit von Abgeordneten muss hart bestraft werden. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen das Vertrauen haben, dass Abgeordnete für das Allgemeinwohl und nicht für den eigenen Geldbeutel arbeiten. Die Masken-Affären und die Aserbaidtschan-Affären ehemaliger Unionspolitiker zeigen, wie dringend wir Strafrechtslücken schließen müssen.

In der Masken-Affäre kassierten Unionspolitiker Millionen für die Vermittlung von Maskengeschäften, wurden aber wegen der bestehenden Strafbarkeitslücke freigesprochen. Darum wollen wir einen neuen Straftatbestand schaffen, damit auch Bestechung für unerlaubtes Handeln neben dem Mandat strafbar ist.



Screenshot Deutscher Bundestag

HAUSHALT

INVESTITIONEN AUF REKORDNIVEAU

Der Bundestag hat im Februar den [Haushalt 2024](#) verabschiedet. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im November ein Urteil zur Schuldenbremse getroffen hat, musste der Haushalt noch mal aufgeschürt und verfassungsfest gemacht werden. Das haben wir getan. Die Vorschläge der Bundesregierung wurden intensiv im Parlament beraten – und tatsächlich konnten einige der dort vorgesehenen Kürzungen verhindert werden.

Mir ist wichtig: Wir sparen nicht am Sozialen. Von den 476,8 Mrd. Euro des gesamten Bundeshaushalts gehen 127,3 Mrd. Euro an die Rentenversicherung und in die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die notwendigen Sparmaßnahmen werden keine negativen Auswirkungen auf die Höhe der Renten, auf die nächste Erhöhung und auf den Beitragssatz haben. Das sind gute Nachrichten für alle.

Was in der Debatte der letzten Wochen leider völlig unbeachtet blieb: Wir investieren auf Rekordniveau über 61 Milliarden Euro in die Ansiedlung der Halbleiterindustrien, in Digitalisierung, Wärmewende und die Klimaneutralität unserer Industrie. Mit einer Milliarde Euro zusätzlich wird zudem der klimafreundliche

Neubau vorangetrieben und so für einen echten Anschlag für die Konjunktur gesorgt. Weiterhin unterstützen wir auch Projekte in den Kommunen für Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Klimaschutz.

Erstmals überhaupt werden die NATO-Kriterien von 2014 erfüllt und es werden mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung investiert. Die Bundeswehr wird endlich modernisiert. Gleichzeitig wird der Freiheitskampf der Ukraine mit gut acht Milliarden Euro unterstützt. Zudem konnten wir Kürzungen bei der Bundespolizei, im Bundeskriminalamt und bei den Geheimdiensten verhindern.

Auch im zivilgesellschaftlichen Engagement für Demokratie gibt es keine Kürzungen. Die Freiwilligendienste werden gestärkt und es werden zusätzliche Mittel für die politische Bildung ausgegeben. Für den Kampf gegen Antisemitismus und für die Sichtbarkeit jüdischen Lebens investieren wir 100 Mio. Euro.

Die Demokratie in Deutschland und Europa gerät zunehmend unter Druck. Das spüren die Menschen in unserem Land und gehen vor Ort auf die Straßen, um unsere Werte entschlossen zu verteidigen. Demokratie gibt es nicht umsonst. Diesem Anspruch wird auch unser Bundeshaushalt gerecht.

2024 sind nun Ausgaben des Bundes in Höhe von 476,81 Milliarden Euro vorgesehen, das sind 3,4 Prozent mehr als 2023. Die Neuverschuldung liegt bei 39,03 Milliarden Euro. Damit wird die Schuldenbremse des Grundgesetzes eingehalten. Auf der Einnahmenseite wird mit Steuereinnahmen von 377,61 Milliarden Euro und 60,17 Milliarden Euro sonstigen Einnahmen gerechnet.

Mit dem Klick auf das Foto startet meine Rede zum Haushalt 2024, genauer zum Einzelplan 11 für Arbeit & Soziales.

KURZ & KNAPP

TERMINE IM FEBRUAR



SPD Aschaffenburg

NEUJAHREMPFANG IN AB

Die Neujahrsempfänge der SPD Aschaffenburg sind stets toll organisiert und mit vielen hochkarätigen Gästen aus der ganzen Bandbreite der Gesellschaft. Ich bin immer gerne vor Ort, man spürt, dass hier die SPD tief verwurzelt und bestens vernetzt ist.

DEMO IN KARLSTADT



Bernd und Edith Rützel

Main-Speessart ist bunt! Mitte Februar waren wieder 2.000 Menschen für Demokratie auf dem Marktplatz in Karlstadt. Erneut ein starkes Zeichen! Danke!



Stadt Stockstadt

ANTRITTSBESUCH IN STOCKSTADT

Mitte Februar habe ich mich mit Stockstadts Bürgermeister Rafael Herbrich in seinen Amträumen zum Arbeitsgespräch getroffen. 1.000 Jahre alt wird die Marktgemeinde in diesem Jahr und schaut dabei mit Investitionen in einen neuen Kindergarten, dem geplanten Neubau der Grundschule oder dem Aus- und Umbau von Straßen optimistisch in die Zukunft. In diesem Sinne, schon jetzt herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum und auf die nächsten 1000 Jahre!

... UND BROTZEIT, BIER & POLITIK



SPD Stockstadt

Später am Abend lud die SPD Stockstadt ein zu einer Diskussion über alle aktuellen Themen, die vor Ort bewegen: Energiewende, Bundeshaushalt, Rente, der Krieg in der Ukraine und vieles mehr. Herzlichen Dank für die tolle Organisation meiner Reihe „Brotzeit, Bier & Politik“ und die guten Gespräche.

KURZ & KNAPP

TERMINE IM FEBRUAR



Alexander Kolbow

ENGER KONTAKT ZUM DGB

Der DGB hat mit Dr. Katrin Vitols eine neue Referatsleiterin für den Bereich Unternehmensmitbestimmung. Zu einem Austausch dazu haben wir uns natürlich gleich getroffen. Gewerkschaften und SPD gemeinsam für die Beschäftigten!



Büro Rützel

KANADISCHER BOTSCHAFTER

Seit Dezember ist John Horgan als Nachfolger von Stéphane Dion neuer Botschafter Kanadas in Deutschland. Als Vorsitzender der Deutsch-Kanadischen-Parlamentariergruppe traf ich ihn nun zu einem ersten Kennenlerngespräch. Auf gute transatlantische Zusammenarbeit!



Büro Rützel

AfA-BEZIRKSKONFERENZ

Die unterfränkische AfA traf sich heuer direkt vor meiner Haustüre in Langenprozelten zur Neuwahl ihres Vorstands. Herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl an den Vorsitzenden Bernd Hartmann und seine Stellvertreter Katharina Räth und Richard Brand und die ganze Vorstandschaft. Mein Part dabei: Ich berichtete über den Haushalt 2024 und das neue Rentenpaket.

QUEBEC-MINISTERIN ZU GAST



SPD Frammersbach

Als Vorsitzender der Deutsch-Kanadischen Parlamentariergruppe ist es mir immer eine große Ehre, Gäste zu empfangen und in Austausch zu treten, wie mit der Ministerin für internationale Beziehungen von Quebec, Martine Biron (im Bild links neben mir). Auf allen Ebenen pflegen wir intensive Beziehungen und lernen voneinander.

KURZ & KNAPP

TERMINE IM FEBRUAR



Büro Rützel

TAUSENDE AUTOS IN FAULBACH

Deutschland ist ein Autoland. Und dazu gehört neben Bau, Verkauf und Auslieferung auch die Lagerung und Wiederaufbereitung von Autos. Das findet in unserer Region in großem Maßstab in Faulbach statt. So sind in der ehemaligen Kiesgrube Autos über Autos zu sehen - bei meinem gemeinsamen Besuch im Lager der Firma Roos Vehicel Logistics mit (v.r.) Bürgermeister Wolfgang Hörnig und den Gemeinderäten Erhard Glock und Volker Frieß (li.) waren hier um die 9.000 Autos zwischengelagert. Firmenchef Maximilian Roos (2. v.l.) hat uns dabei über die Entwicklung des Standortes, die aktuelle Situation in der Branche und die Arbeitsabläufe vor Ort informiert.

BIOGASANLAGE IN HEPPIEL

Matthias Ullmer zeigt, wie man als Landwirt mit Biogas und Abwärme einen Beitrag zur Klimawende leisten kann. Natürlich waren vor allem die aktuellen Bauernproteste unser Thema. Der sachliche Austausch vor Ort ist so wichtig, um ein ungeschminktes Bild von der Lage der Landwirte zu bekommen. Dank auch an Karlheinz Paulus, Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreistag Miltenberg, für die Begleitung.



Büro Rützel

„NIE WIEDER“ IST JETZT!



Büro Rützel

Im Paul-Löbe-Haus, in dem meine Büros liegen, ist gerade eine beeindruckende Ausstellung über die Kindertransporte nach Großbritannien, mit denen 1938/39 10.000 meist jüdische Kinder gerettet wurden. In der gestrigen Gedenkstunde des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus erzählten Eva Szepesi und Marcel Reif eindrucksvoll zwei der wenigen Geschichten vom Überleben. Die Botschaft aller Berichte und Zeitdokumente ist klar und deutlich. Eva Szepesi sagte gestern: „Die Shoah begann nicht mit Auschwitz. Sie begann mit Worten. Sie begann mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft.“ Nie wieder ist jetzt.

Mit dem Klick auf das Foto startet mein Video hierzu!

KURZ & KNAPP

TERMINE IM FEBRUAR



Bernd Rützel

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

Ein toller Abend war das! 120 Interessierte kamen zum Politischen Aschermittwoch des SPD Kreisverbands Miltenberg nach Würth. Gutes Essen, gute Begegnungen, gute Musik, gute Gespräche – einfach toll. In meiner Rede ging ich darauf ein, dass man nicht so viel auf andere zeigen sollte, sondern vor der eigenen Türe kehrt. Dass nicht noch mehr gehetzt wird und die Menschen auf die Bäume getrieben werden, sondern wir mehr ins Gespräch kommen müssen. Dass nicht Fake-News das Tagesgeschehen beherrschen sollten, sondern verlässliche Nachrichten. Ja, die Zeiten sind kompliziert. Es ist viel liegen geblieben und die Herausforderungen sind groß. Umso wichtiger ist verlässliche Politik mit klaren Ergebnissen. Vielen Dank für die Einladung!

KLARE KANTE VON KEVIN KÜHNERT



SPD Güntersleben

Gelungener Abend mit SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert und über 160 Besuchern in der vollen Schulturnhalle in Güntersleben. „Klare Kante“ war das Motto und so gab es einen scharfen Ritt über zahlreiche Themen plus Frage-Antwort-Runde. Danke für die hervorragende Organisation.

DASEINSVORSORGE IN ROTHENBUCH



Gemeinde Rothenbuch

In Rothenbuch traf ich mich mit Bürgermeister Markus Fäth. Wir haben über Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Interkommunale Zusammenarbeit gesprochen. In der Kommunalen Allianz SpessartKraft, bestehend aus neun Kommunen der Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg, ist Rothenbuch gut aufgehoben. Vielen Dank für den Empfang und das sehr gute Gespräch.

KURZ & KNAPP

TERMINE IM FEBRUAR



Büro Rützel

ANTRITTSBESUCH IN KAHL

Seit Oktober ist Julia Fischer als Bürgermeisterin von Kahl am Main offiziell im Amt. Vor wenigen Tagen war ich bei ihr im Rathaus, um mich über ihre ersten Monate im neuen Amt zu informieren. Die Themen sind vielfältig. Ich kenne das als Stadtrat in Gemeinden. Julia hat die richtigen Zukunftsthemen im Blick und wird die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen gut meistern, davon bin ich überzeugt. Viel Erfolg dabei! Übrigens: Hinsichtlich der Kleidung hatten wir uns vorab nicht abgesprochen.

PILOTPROJEKT MACHT MUT



Büro Rützel

Als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales habe ich Beschäftigte, Beiratsmitglieder und

Führungspersonal von proFis im Bundestag begrüßt. Das ist ein Modellprojekt vom Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf und der Rentenversicherung, mit dem Menschen mit gesundheitlichen Problemen wieder in Arbeit gebracht werden sollen. Das Projekt berät die betroffenen Menschen genauso wie Unternehmen, die Fragen zum beruflichen Einstieg, Arbeitsplatzert halt und Wiedereingliederung haben. Gut so, denn alle Menschen können etwas beitragen und alle werden gebraucht.

BARRIEREFREIHEIT?!



Büro Rützel

Am Rande des Neujahrsempfangs der SPD Aschaffenburg war ich mit Günter Fries unterwegs. Er sitzt im Rollstuhl und zeigte mir den nicht barrierefreien, weil viel zu schmalen Aufzug zum EUTB-Büro. Eine nicht barrierefreie Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung — wer hat sich das nur ausgedacht?

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

bernd-ruetzel.de



GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus- und Medienpolitische
Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zum Kaffeekränzchen mit Freundinnen, ins sonntägliche Bläserkonzert oder mal ein Tagesausflug mit dem Bus: Derlei ist für viele Seniorinnen und Senioren in Bayern leider nicht drin. Weil die Monatsrente dafür schlicht nicht ausreicht. Tatsächlich ist das Altersarmutsrisiko im Freistaat höher als irgendwo sonst im Bundesgebiet. Besonders gefährdet sind Frauen. Rund jede vierte aus der Altersgruppe Ü65 ist betroffen. Konkret bedeutet das, ihnen steht weniger als 60 Prozent des bayerischen Durchschnittseinkommens zur Verfügung. Weil sie oft nicht oder wenig in die Rentenkassen einbezahlt haben, sondern stattdessen Kinder aufgezogen, Alte gepflegt und nebenher in Minijobs tätig waren. Oder in ihren Berufen einfach weniger verdient haben als Männer.

Prognosen gehen von einem weiteren Anstieg der Altersarmutsrisikoquote aus. Und als wäre dies nicht Grund zur Sorge genug, legt eine aktuell erschienene Prognos-Studie jetzt noch nach. Denn sie zeigt: Rente ist nicht gleich Rente. Ihre Kaufkraft schwankt bundesweit erheblich, sogar bis zu 70 Prozent. Vor allem in Bayern können Rentnerinnen und Rentner mit ihren Alterseinkünften oft keine großen Sprünge machen: So zählen Regensburg sowie die Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgadener Land

deutschlandweit zu den fünf kaufkraftschwächsten Gebieten. Aber auch in Aschaffenburg sind die Renten mit einer durchschnittlichen Kaufkraft von 966 Euro weniger wert als anderswo.

Wo die Lebenshaltungskosten hoch und die Renten niedrig sind, wird es für ältere Menschen also finanziell ganz schnell eng. Vor allem, wenn zusätzlich Mieten oder hohe Nebenkosten fürs Wohnen zu Buche schlagen. Auf das Stück Kuchen im Café, das Pils beim Stammtisch, die Mitgliedschaft im Schachclub – muss dann verzichtet werden. Soziale Teilhabe ist so nur schwer möglich.

Was also muss sich ändern? Vor allem müssen sich die Bedingungen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Damit Mütter ohne Probleme in den Beruf zurückkehren und in die Altersvorsorge investieren können. Genauso wichtig sind faire Löhne, die ausreichen, um auch im Alter über die Runden zu kommen. Die bundesweite Anhebung des Mindestlohns durch die Ampelregierung war bereits ein wichtiger Schritt, der jedoch durch weitere Maßnahmen auf bayerischer Ebene flankiert werden muss. Ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz gehört dazu.

Für einen entschiedenen Kampf gegen Altersarmut setze ich mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und -kollegen mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag nachdrücklich ein.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de